

Neben der Managementübersicht (Seite 3 des Berichts), wurde in der Anlage eine Zusammenstellung der Feststellungen und Empfehlungen zur überörtlichen Prüfung als ergänzende Tabelle verfasst (Seite 43 des Berichts).

Die gpaNRW hat die IT-Prüfung in der Stadt Mülheim an der Ruhr vom 26. März 2019 bis zum 03. März 2021 durchgeführt. Am 01.06.2021 hat die Verwaltungsleitung den Prüfbericht der gpaNRW erhalten.

Zum wiederholten Male hat die Prüfung der gpaNRW gezeigt, dass die Kosten für Informationstechnik im Vergleich zu den übrigen kreisfreien Städten in NRW mit Abstand am niedrigsten sind. Die gpaNRW sieht kaum Möglichkeiten für weitere Einsparungen. Im Gegenteil weist sie darauf hin, dass weitere Einsparungen ein Risiko für die Digitalisierungsbemühungen der Stadt Mülheim darstellen. Das überaus niedrige Kostenniveau wird insbesondere auf den eigenen Betrieb der IT als auch auf gezielte Eigenprogrammierungen zurückgeführt. Auf diese Weise behält die Stadt Mülheim die maximale Steuerungskompetenz für ihre IT-Prozesse.

Im Rahmen der Abschlussberatungen mit der gpaNRW hatte der Oberbürgermeister bereits am 19.11.2020 den Auftrag an das damalige Amt 62 inklusive Moderation durch die Firma *enerson* erteilt, die an unterschiedlichen Stellen der Verwaltung organisierten Ressourcen zum Thema Digitalisierung ggf. zu bündeln. Dabei wurde Augenmerk auf die Empfehlungen der gpaNRW gelegt. Nachfolgend sind die gpaNRW Empfehlungen aufgeführt und der Stellungnahme der Verwaltung gegenübergestellt.

Nr./Seite im Bericht	Empfehlungen der gpaNRW	Stellungnahme der Verwaltung
E1 / Seite 12	Die Stadt MH sollte die strategische Neuausrichtung der operativen IT im Rahmen ihres Digitalisierungs-Projektes dringend vorantreiben. Hierzu gehört auch die Definition eindeutiger Zielvorgaben für die operative IT, die in einer verbindlichen IT-Strategie aufgeführt sein sollten.	Strategische Neuausrichtung wurde aufgegriffen durch die Bündelung der digitalen Ressourcen im neuen Amt 60
E2 / Seite 17	Die Stadt MH sollte sich verstärkt mit der demografischen Entwicklung ihres IT-Personals auseinandersetzen und Lösungen für eine dauerhaft leistungsfähige IT erarbeiten.	Bei der Gründung des Amtes 60 konnten freie Stellen und neu geschaffene Stellen z.B. in der Schul-IT überwiegend mit jüngeren MA besetzt werden. Es wird ein besonderer Fokus auf die Ausbildung gesetzt. -> andauernder Prozess
E3 / Seite 20	Die Stadt MH sollte ihre dezentralen Kosten für Verbrauchsmaterialien beim Arbeitsplatzdruck auch zentral ermitteln können.	Die Empfehlung wird verfolgt.
E4 / Seite 28	Die Stadt MH sollte einen Weg zur fristgerechten Umsetzung des OZG verbindlich in einer Roadmap abbilden.	Wurde im Rahmen der Bildung des Amtes 60 berücksichtigt. Eine Entscheidung für eine Portallösung der <i>regioIT</i> , an der sich über 100 Kommunen gemeinsam auf den Weg zur OZG Umsetzung begeben haben, untermauert die Zielsetzung.
E5 / Seite 31	Die Stadt MH sollte den Prozess zur Rechnungsbearbeitung zeitnah weiter digitalisieren und prüfen, welche Arbeitsschritte automatisiert werden können. Mit Einführung des Dokumentenmanagementsystems sollte die Stadt Mülheim an der Ruhr untersuchen, ob durch eine digitale Dokumentenablage die Potenziale der OCR-Erkennung und damit der Übertragung von Rechnungsinformationen in den Workflow genutzt werden können.	Im Zuge der Neuausrichtung des SAP-Systems im Zusammenhang mit der Umstellung auf die Programmversion ‚S/4HANA‘ soll frühzeitig ein kreditorischer elektronischer Workflow installiert werden. Hierbei sollen die relevanten Rechnungsdaten per OCR-Erkennung extrahiert und erkannt werden. Zum Teil erfolgen zu Beginn der Rechnungsbearbeitung systemseitige Plausibilitätsprüfungen. Gleichzeitig sollen aus den Rechnungsdaten Buchungs-, bzw. Kontierungsvorschläge abgeleitet werden. Die Belegablage erfolgt im DMS-Archiv.

E6 / Seite 32	Die Stadt MH sollte einen Projektplan zur Einführung des DMS bzw. der E-Akte abstimmen.	Ein DMS wurde beschafft. Zur Zeit wird das DMS in 4 Pilotbereichen eingeführt (Steuerakte, Bauakte, Sozialbereich (AKDN), Bürgeramt (Versicherungsbüro)).
E7 / Seite 35	Die Stadt MH sollte sich einen vollständigen Überblick über die Verwaltungsprozesse verschaffen, strategische Vorgaben für das Prozessmanagement erarbeiten und ihre Prozesse nach einheitlichen Kriterien erfassen. Auf Basis der strategischen Vorgaben sollte sie die Verwaltungsprozesse strukturieren und für ihre Analyse priorisieren. Darauf aufbauend sollte die Stadt Mülheim an der Ruhr den erforderlichen Personalbedarf bemessen.	Das Thema wird begleitend zur DMS-Einführung verfolgt. Es wurden 2 Prozesskoordinatoren bei Amt 60 neu eingestellt.
E8 / Seite 38	Die Stadt MH sollte ihren bereits initiierten Verbesserungsprozess zur Aufarbeitung der konzeptionellen Sicherheitsdefizite mit Priorität fortsetzen.	Am 01.05.2022 wurde ein Informationssicherheitsbeauftragter eingestellt. Weitere IT-Sicherheitstechnik ist in der Beschaffung.
E9 / Seite 39	Die Stadt Mülheim sollte sich einen flächendeckenden Überblick über die Risiken bei der Verarbeitung personenbezogener Daten verschaffen und bei Bedarf Datenschutz-Folgenabschätzungen durchführen.	-wird berücksichtigt-
E10 / Seite 42	Die Stadt Mülheim an der Ruhr sollte die Handlungsfähigkeit ihrer örtlichen IT-Prüfung durch fachspezifische Fortbildungen stärken. Zudem sollte sie bei der digitalen Transformation ihrer Verwaltung berücksichtigen, dass prüfungsrelevante Datensätze perspektivisch für die örtliche Rechnungsprüfung digital verfügbar sind und über adäquate Fachverfahren ausgewertet werden können.	Fachspezifische Fortbildungen sind sinnvoll, allerdings insbesondere dann, wenn fachlich qualifiziertes Personal zur Verfügung steht. Amt 14 verfügt nicht über das entsprechende Personal, IT-Prüfungen können deshalb nur in eingeschränktem Umfang stattfinden und dies mit Personal, welches eigentlich für andere Aufgaben der Rechnungsprüfung vorgesehen ist. Neben der Durchführung von Fortbildungen muss es also auch zu einer – spezifischen – Personalverstärkung bei Amt 14 kommen.

Die Beschlussfassung durch den Rat ist für die Sitzung am 15.09.2022 vorgesehen. Diese hätte eigentlich bereits Ende 2021 erfolgen müssen; aufgrund des hohen Arbeitsaufwandes und der laufenden Umstrukturierungen wurde mündlich mit der gpaNRW eine Fristverlängerung besprochen, die bis Ende 2022 gewährt wurde.

Das Fachamt hat allerdings zwischenzeitlich, seit Juni 2021, in verschiedenen Berichten im Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Digitalisierung (WIDA) die Umstrukturierungen/ Digitalisierungsentwicklungen vorgestellt.

Auf Grundlage der aktuellen zusätzlichen Beratung der gpaNRW zum Thema „IT-Strategie in Mülheim an der Ruhr“ werden die begonnenen Entwicklungen aktuell weiter begleitet und in ein strategisches Gesamtziel für die Stadt integriert.

Es ist beabsichtigt, nach Abschluss der Beratungsphase im 4. Quartal 2022 der gpaNRW die Möglichkeit zu geben, ihre Empfehlung für eine „IT-Strategie in Mülheim an der Ruhr“ im Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Digitalisierung der Politik vorzustellen.